

Umschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Schule**

Band (Jahr): **71 (1984)**

Heft 4: **Computer : ein Leerschreck? : Teil 2**

PDF erstellt am: **21.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

ten wusste, noch überhaupt keine Stelle in Aussicht. Bei den Hauswirtschafts- und Handarbeitslehrerinnen seien die Verhältnisse ähnlich: Von den 27 Arbeitsschullehrerinnen, die in Bälde das Seminar in Brugg verlassen werden, hätten bis jetzt erst 13 eine Stelle gefunden, und von den 23 neuen Hauswirtschaftslehrerinnen nur deren 10.

Diese neuesten Zahlen sind vom Aargauer Erziehungsdepartement zusammengestellt worden. Werner Ruef, Chef der Abteilung Volksschule im kantonalen Erziehungsdepartement, bezeichnete die Situation gegenüber dem «Regionaljournal» als nicht gerade rosig, sieht aber vorläufig keinen Grund zur Aufregung.

SG: Freiwilliges 10. Schuljahr

Das neue Volksschulgesetz gibt den Schulgemeinden die Möglichkeit, ein freiwilliges 10. Schuljahr anzubieten. Es besteht weder eine Pflicht zur Führung dieses Schuljahres, noch zum Besuch desselben. Es liegt im alleinigen Ermessen der Schulgemeinden, ob sie von dieser Möglichkeit der Erweiterung des Schulunterrichtes auf der Volksschulstufe Gebrauch machen wollen. Wenn sie sich dazu entschliessen, drängt sich in der Regel eine regionale Zusammenarbeit auf.

Im Sinne einer Anleitung an die Schulgemeinden hat eine Spezialkommission des Erziehungsrates Richtlinien erlassen, die bei der Planung eines frei-

willigen 10. Schuljahres als Entscheidungshilfen dienen. Aufgrund dieser Richtlinien steht das freiwillige 10. Schuljahr grundsätzlich allen interessierten Schülern der Realschule und der Sekundarschule offen. Für Schüler mit Wohnsitz im Kanton St. Gallen ist der Besuch des 10. Schuljahres unentgeltlich. Organisatorisch wird davon ausgegangen, dass das 10. Schuljahr in der Regel an ein Oberstufenzentrum angegliedert wird. Der Standort hat sich nach dem verfügbaren Schulraum zu richten.

Das 10. Schuljahr umfasst drei Richtungen: Allgemeinbildung, Berufsfindung und Hauswirtschaft. An der Schule unterrichten Real- und Sekundarlehrer, Handarbeits- und Hauswirtschaftslehrerinnen sowie – für den Freifächerbereich – Fachlehrer.

JU: RJ gegen deutschsprachige Schulklassen

Das Rassemblement Jurassien (RJ) will deutschsprachige Schulklassen im Berner Jura nicht weiter dulden. In einem in Delémont veröffentlichten Communiqué kündigt das RJ eine «neue Offensive» gegen das Bestehen zweier Schulklassen mit deutscher Unterrichtssprache in Mont-Tramelan und Montbautier an. Die beiden Schulklassen seien «illegal» und widersprächen der bernischen Kantonsverfassung.

Weiter verweist das RJ auf ein Urteil des Bundesgerichts, das die Eröffnung einer französischsprachigen Schulklasse in Zürich verboten habe.

Umschau

40 Jahre Idee Kinderdorf Pestalozzi

In der Orientierungsschrift «Kinderdorf Pestalozzi Trogen» ist unter dem Titel «Idee und Ziele – Geschichtlicher Hintergrund» schlicht und einfach zu lesen: «Tief beeindruckt von den schrecklichen Ereignissen des Zweiten Weltkrieges entwickelte Walter Robert Corti 1944 die Idee, ein Dorf für die leidenden Kinder zu gründen, ihnen eine Welt zu bauen, in der sie leben können.»

Wieviel Mut, wieviel Idealismus, aber auch wieviel realer Sinn für praktisches Handeln sich hinter diesem Vorhaben befand, können wir nur ahnen und dankbar wie staunend zur Kenntnis nehmen.

Heute ist das Dorf längst Wirklichkeit, heute wirkt es weit über die Landesgrenzen hinaus. Die Kinder-

dorfidee wurde konsequent weitergeführt. So heisst es in derselben Informationsschrift: «Kaum waren die Wunden des Zweiten Weltkrieges verheilt, verloren durch neue kriegerische Ereignisse wieder Tausende von Kindern ihre Heimat, ihre Eltern oder gar beides. Es versteht sich von selbst, dass das auf Versöhnung und Friedensförderung ausgerichtete Werk des Kinderdorfes Pestalozzi nun auch Hand bot für die Aufnahme von Waisen und Flüchtlingskindern aus Ländern Asiens und Afrikas. – In Zukunft will man auch schweizerische Sozialwaisen und ausländische Kinder, die in der Schweiz leben, entweder elternlos oder sonst sozial gefährdet sind, in die Kinderhäuser aufnehmen. Kinder brauchen auch Hilfe, wenn sie wegen grosser wirtschaftlicher und sozialer Schwierigkeiten in ihren Ländern in unvorstellbarer Armut leben. – Die 1982 gegründete Abteilung «Hilfe an Ort» will zusammen mit andern

Organisationen in einzelnen Ländern gezielt pädagogisch helfen, Kinder und Jugendliche zu unterstützen, betreuen und schulen.»

Diese wenigen Zeilen illustrieren, wie Cortis Idee Gestalt annahm und sich weiter entwickelt hat.

Wenn heute die Stiftung Kinderdorf Pestalozzi unter dem Motto «*Kinder helfen Kindern*» die Schulen zur *Unterstützung aufruft*, dann dürfte dies nicht nur über den «Glückskäferverkauf» geschehen, sondern auch über den Unterricht in der Schule. Die Informationsmappe stellt zugleich eine Unterrichtshilfe dar.

Dabei scheint es uns wichtig, statt in Pazifismus und Wehrfeindlichkeit zu machen, Kinder mit Problemen der grossen Welt, die sie nicht lösen können, zu konfrontieren und zu frustrieren, stets *nach praktischer Beteiligung* zu suchen. Die Welt des Kindes bietet genügend Anlass dazu. Was heisst es, den Hunger zu beklagen und selbst das Pausenbrot wegzuzwerfen; was heisst es, Umweltverschmutzung zu beklagen und selbst in Energie- und Benzinverbrauch zu sündigen; was bedeutet Kindesrecht zu kennen, ohne auch von Kindespflicht zu sprechen? Zeigen wir – und das Beispiel des Pestalozzidorfes bietet Gelegenheit dazu – positive Haltungen, positive Taten, positive Hoffnung, sonst erscheint doch jedem Kind die Zukunft nicht lebenswert.

Mit Schuld komplexen hat man zwar Verzweiflungshandlungen ausgelöst, nie aber Enthusiasmus für das Gute, selbst wenn es über Verzicht und Opfer erreicht werden muss.

Dies entspricht auch der Weisheit des Konfuzius: «Besser ist's, ein kleines Licht anzuzünden, als über die Finsternis zu klagen.»

Prof. Dr. Eugen Egger
Generalsekretär der EDK

Eine Standortbestimmung des Liechtensteiner Schulwesens

Die liechtensteinische Regierung hat an einer Pressekonzferenz in Vaduz einen Bericht zum Thema: «Schule wohin? – Leitideen und mögliche Reformbestrebungen für die achtziger Jahre» vorgestellt, der nun in ein Vernehmlassungsverfahren geht. Wie Regierungschef Hans Brunhart erklärte, sollen die Ergebnisse dieser Vernehmlassung durch eine Kommission zu einem Katalog von Leitideen aufgearbeitet werden. Diese Unterlagen sollen dann der Regierung für ihre künftigen grundsätzlichen bildungspolitischen Entscheidungen dienen.

Die Standortbestimmung über das liechtensteinische Schulwesen soll nach den Worten des Regierungschefs gerade zum jetzigen Zeitpunkt vorgenommen werden, weil die mit dem Schulgesetz von

1972 eingeleiteten Reformen heute weitgehend abgeschlossen sind. Die Schulstruktur im Lande ist in dieser Zeit den neuen gesetzlichen Bestimmungen angepasst worden. So konnten zwei neue Schultypen, die Oberschule und die Hilfsschule, geschaffen und die notwendigen Räumlichkeiten zur Durchsetzung der neuen Schulstruktur – fünfjährige Grundschule und vierjährige weiterführende Schulen – durch verschiedene Neubauten bereitgestellt werden. Auch der innere Schulbereich erfuhr notwendige Anpassungen durch die Neuorganisation der einzelnen Schultypen, durch den Erlass neuer Aufnahmebedingungen in die weiterführenden Schulen sowie durch die Neufassung der Lehrpläne für alle Schulstufen.

Die Arbeitsgemeinschaft «Musikpädagogik» stellt sich vor

Aufgrund einer Anregung im Rahmen der XV. ISME-Konferenz in Bristol 1982 entschlossen sich Musikpädagogen aus Italien (Südtirol), Österreich, der Schweiz und der Bundesrepublik Deutschland, sich zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammenzuschliessen. Das erste Treffen der «*Internationalen Arbeitsgemeinschaft Musikpädagogik für die südlichen deutschsprachigen Länder*» fand im September 1982 in Bozen, das zweite im März 1983 in Zürich und das dritte im September 1983 in Dahn/Pfalz statt. In Dahn waren vertreten: Walter Baer, Leiter der Abt. Schulmusik an Konservatorium und Musikhochschule Zürich, Vorsitzender der «Arbeitsgemeinschaft der schweizerischen Schulmusik-Seminarleiter»; Frau Prof. Johanna Blum, Dozentin für Musikgeschichte und Analyse am Konservatorium Claudio Monteverdi in Bozen, Vorsitzende des «Künstlerischen Beirats des Landesinstituts für Musikerziehung in Südtirol»; Prof. Dr. Wolfgang Roscher, Leiter des Instituts für integrative Musikpädagogik an der Hochschule Mozarteum Salzburg, Präsident der «Internationalen Gesellschaft für Polyästhetische Erziehung» und Leiter der Sektion «Polyästhetische Erziehung» in der «Gesellschaft für Musikpädagogik» (GMP); Josef Scheidegger, Leiter der Abt. Schulmusik an der Akademie für Schul- und Kirchenmusik Luzern, Lehrer für Didaktik und Methodik in der Schulmusik, Leiter des Didaktischen Zentrums für Musik in Luzern; Prof. Dr. Josef Sulz (gewählter Sprecher), Dozent für Musikpädagogik an der Abt. X Musikerziehung (Schulmusik) der Musikhochschule Mozarteum Salzburg in Innsbruck, Vizepräsident der «International Society for Music Education» (ISME); Prof. Mag. Gerhard Wanker, Lehrkanzel für Allgemeine Musikerziehung an der Hochschule für Musik und darstellende Kunst in Graz; Prof. Dr. Dieter Zimmerschied, Leiter der Studienkommission Schulmusik an der Staatlichen Hochschule für Musik und darstellende Kunst Stutt-

gart, stellvertretender Vorsitzender des «Verbandes Deutscher Schulmusikerzieher e.V.» (VDS).

Die Arbeitsgemeinschaft einigte sich auf folgende Zielsetzung: 1) Allgemeine fachliche Kontakte, ggf. in Zusammenarbeit mit nationalen Verbänden, insbesondere Informationsaustausch über: a) Struktur und Inhalte der Musikerziehung an allgemeinbildenden Schulen; b) Struktur und Inhalte der musikpädagogischen Ausbildung an Musikhochschulen bzw. entsprechenden Ausbildungsstätten; c) fachpolitische Tendenzen; d) die Beziehungen zwischen dem Musikunterricht an allgemeinbildenden Schulen und an Musikschulen; 2) Ausarbeitung von Empfehlungen zu Verbesserungen und Abstimmungen im Bereich der Musikpädagogik.

Ihr Partner für Schuleinrichtungen



Eugen Knobel · 6300 Zug · Tel. 042 21 22 38

Aus den Kantonen

Luzern:

Die neue Reallehrer-Ausbildung bewährt sich

Während 18 Jahren bildete die IOK (Interkantonale Oberstufen-Konferenz) Reallehrer in berufsbegleitenden Kursen aus, und eine Reihe von Primarlehrern, die ihr Diplom auf dem zweiten Bildungsweg nach einer Berufslehre erworben hatten, entschlossen sich trotz fortgeschrittenem Alter und trotz Familie noch zur IOK-Ausbildung. Während dieser Zeit erhielten sie wie bisher ihren Lohn als Primarlehrer. Das hat sich nun geändert: Wer heute Reallehrer wird, verzichtet für zwei Jahre auf sein Salär. Zwar gewährt der Kanton Luzern Stipendien und Studien-darlehen, die nicht zurückbezahlt werden müssen: Mit jedem Jahr Unterricht im Kanton Luzern wird ein Teil der Darlehen abgetragen. Besonders für Familienväter aber ist die Hürde hoch gesetzt, in die Ausbildung einzusteigen. «Es geht schon, wenn auch knapp», sagte einer der zukünftigen Reallehrer. Diese Art der Finanzierung gilt zudem nur für jene Absolventen, die an ihrem Schulort für die Dauer der Ausbildung Urlaub erhalten haben. Wer ohne sichere Stelle in die Kurse einsteigt, muss sich mit weniger zufrieden geben.

Dennoch ist die Vollzeitausbildung nötig, sagt Rektor Rohner. Die Qualitätsverbesserung der Ausbildung ist so gross, dass Nachteile in Kauf genommen werden. Dazu gehört, dass einzelne qualifizierte Kandidaten wahrscheinlich auf die Ausbildung verzichten, weil ihnen der Wechsel von der Primar- in die Realschule nicht derartige finanzielle Schwierigkeiten wert ist. Paul Rohner ist zudem überzeugt, dass die Anforderungen an einen Reallehrer eine

Vollzeitausbildung verlangen. «Ich kann nicht einsehen, warum Reallehrer schlechter ausgebildet sein sollten als Sekundarlehrer.» Das Studium für Sekundarlehrer dauert heute etwa gleich lang wie die neue Reallehrerausbildung – «niemand sagt etwas», meint Rohner. «Warum sollte es ausgerechnet bei jenen Lehrern Probleme geben, die vor der zusätzlichen Ausbildung eine Phase haben, in der sie voll verdienen?» Rohner geht deshalb auch an die Seminarien und ermuntert die künftigen Lehrerinnen und Lehrer, sich ein Sparpolster anzulegen, wenn sie später an die Oberstufe wechseln wollen.

Die neue Reallehrerausbildung setzt vor dem eigentlichen Schulbeginn ein achtwöchiges Praktikum in der Industrie oder Sozialarbeit voraus und gliedert sich in zwei Jahre Vollzeit- und ein Jahr berufsbegleitende Ausbildung. Doch auch während der vier Semester «Theorie» bleibt der Kontakt mit der Schule gewahrt: Einen Tag pro Woche arbeiten die künftigen Reallehrer in einer Schulklasse. Vorbei sind auch die 45-Minuten-Lektionen: Die Woche ist in Blöcke aufgeteilt, was eine intensive Arbeit im einzelnen Fach erlaubt. Die Studenten schätzen aber auch den Rhythmus im Schuljahr: «Universalwochen» mit berufspraktischer und fachwissenschaftlicher Ausbildung wechseln ab mit Intensivwochen mit Schwergewicht auf einem einzelnen Fach und mit Praktika.

Vertrauen geben

Die neue Ausbildung solle den Reallehrer befähigen, sagt Rektor Paul Rohner, die Schülerinnen und Schüler individuell zu fördern, auf die Berufswahl vorzubereiten, ihnen Vertrauen zu geben und ihre Bereitschaft zu lernen aufzubauen. Das alles sei nicht leicht nach den Enttäuschungen, die viele Schüler mit der Übertrittsprüfung